

II. "MACHTERGREIFUNG"

"Da kam der gewaltigste Umschwung ..."

Nicht wenige Voerder, die am frühen Morgen des 31. Januar 1933 mit dem Fahrrad zu ihrer Arbeitsstelle fahren und dabei über die Frankfurter Straße kommen, wundern sich, daß auf dem Rathaus geflaggt ist. Unübersehbar weht hier die Hakenkreuzfahne im Wind!¹⁾ Da die Tageszeitungen meist erst gegen Mittag zu kaufen sind und kaum eine Familie über ein Rundfunkgerät verfügt, weiß man noch nicht, daß Adolf Hitler am Vortag von Reichspräsident Hindenburg zum Reichskanzler ernannt wurde. Mit diesem Schritt haben auch die 'alten Kämpfer' der NSDAP in Voerde ihr lang ersehntes Ziel endlich erreicht. Sie feiern die 'Machtübernahme' noch am selben Abend und an den darauffolgenden Tagen mit Fackelzügen und einer Versammlung in ihrem Parteilokal.²⁾

Angesichts der neuen politischen Lage kommt es bei der hiesigen Bevölkerung zu sehr unterschiedlichen Reaktionen. Während die Anhänger der Demokratie und der Linken nun das Ende ihrer Hoffnungen kommen sehen oder aber glauben, der 'braune Spuk' sei bald vorbei, begrüßt ein nicht unerheblicher Teil der Voerder Bürger den Umbruch mit Freude oder gar Ergriffenheit. Wir müssen uns vorstellen, daß viele der an tradierten Werten und Normen sowie dem Ideal einer wohlgeordneten Dorfgemeinschaft orientierten Landbewohner mit Hitlers 'Machtübernahme' ein Ende der Unsicherheit und des 'Chaos von Weimar' erhoffen. Sie sind auf eine Führerfigur fixiert, die ihnen die Last der politischen Verantwortung abnimmt und für die Wiederherstellung von Ordnung und Sitte zu garantieren scheint. So darf denn auch folgende Passage aus der Löhnener Schulchronik nicht überraschen: "Auch in unserem Dorf wurde diese Partei groß. Zuletzt wählten 4/5 aller Dorfbewohner nationalsozialistisch. Alle Leute im Dorf waren begeistert über den großen genialen Führer dieser Partei, über Adolf Hitler. Da, am 30. Januar des Jahres, kam der gewaltigste Umschwung des ganzen Jahrhunderts (...). Adolf Hitler wurde der deutsche Reichs-

kanzler. Ein ungeheurer Jubel brach wie im Reich so auch in unserem Dorfe aus. Am Abend des 30. Januar zog das ganze Dorf, besonders die Jugend, zum Rhein mit Fackeln und Hakenkreuzfahnen und brannte im Verein mit den Bewohnern der umliegenden Dörfer ein großes Freudenfeuer ab."³⁾

Nur wenige Wochen später, es ist der 27. Februar 1933, brennt der Reichstag in Berlin, und die neuen Machthaber nutzen die 'Gunst der Stunde', um die Verfolgung der politischen Opposition einzuleiten (vgl. Kap. 3!). Die rechtliche Handhabe dazu bietet ihnen die von Reichspräsident Hindenburg erlassene 'Verordnung zum Schutz von Volk und Staat' ('Reichstagsbrandverordnung'), mit der die demokratischen Grundrechte der Weimarer Verfassung endgültig außer Kraft gesetzt werden, so daß eine entscheidende Wende zum totalitären Staat vollzogen ist. Auf diesem Hintergrund wählt die Bevölkerung des Rheinlandes am 12. März ihre neuen Kommunalparlamente. Für die Amtsvertretung Voerde kandidieren bei der Wahl fünf Parteien: NSDAP, SPD, KPD (trotz massiver Behinderungen und zahlreicher Verhaftungen von Parteifunktionären), Zentrum und Kampffront Schwarz-weiß-rot (Verbindung nationalistischer Parteien und Gruppierungen unter der DNVP).⁴⁾

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß bei dieser letzten relativ freien Kommunalwahl im Rheinland für die Gemeindevertretung Löhnen (Rheindörfer) ausschließlich eine Einheitsliste antritt, die aus Vertretern der NSDAP und der DNVP sowie einigen Parteilosen besteht. SPD, KPD und Zentrum stehen hier auf völlig verlorenem Posten und stellen keine Kandidaten auf.⁵⁾ Anscheinend ist man sich in dieser Zeit in den Rheindörfern politisch weitgehend einig. Wir dürfen aber auch vermuten, daß sich die wenigen oppositionell denkenden Menschen in den festgefügten Dorfgemeinschaften zurückhalten, um nicht als Außenseiter und notorische Querulanten diffamiert und somit in die Isolation getrieben zu werden.

Als am Abend der Wahl die Stimmen für die Amtsvertretung (Gemeinde Voerde und Gemeinde Löhnen) ausgezählt sind, gibt es keine Überraschung, denn die NSDAP verfehlt nur knapp die absolute Mehrheit der Stimmen. Darüber hinaus erzielt die nationalkonservative Kampffront mehr als einen Achtungserfolg, während SPD und KPD praktisch zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt sind:

NSDAP: 2574 Stimmen (= 49,0 %), 11 Sitze (bisher: 0)
SPD: 338 Stimmen (= 6,4 %), 1 Sitz (bisher: 2)
KPD: 357 Stimmen (= 6,8 %), 1 Sitz (bisher: 2)
Zentrum: 1068 Stimmen (= 20,3 %), 4 Sitze (bisher: 6)
Kampffront: 916 Stimmen (= 17,4 %), 4 Sitze (bisher: 0)⁶⁾

Bei der Konstitution des neuen Voerder Gemeinderats, die am 30. März stattfindet, dokumentiert die NSDAP sogleich, wer 'Herr im Haus' ist. Denn die neue Fraktion marschiert nicht allein in den Ratssaal ein, sondern bietet auch den örtlichen SA-Sturm auf, um keine Zweifel darüber aufkommen zu lassen, daß sich der Machtwechsel auch in Voerde endgültig vollzogen hat. Im Gemeindeparlament sind jetzt nur noch die Zentrumspartei und die Kampffront neben der NSDAP vertreten, weil der gewählte Vertreter der KPD bereits am 4. März in Schutzhaft genommen wurde und der SPD-Verordnete Feldkamp - wohl aus Furcht vor der Verhaftung - sein Amt niedergelegt hat.⁷⁾ Dazu schreibt die 'Nationalzeitung' hämisch und auch selbstentlarvend: "Durch Abwesenheit glänzten selbstverständlich KPD und SPD, wodurch unsere Fraktion auch jetzt hier im Gemeinderat die absolute Mehrheit erhielt."⁸⁾

Bürgermeister Dr. Schlössin, der keiner Partei angehört, eröffnet die erste Sitzung des neuen Rats mit einer kleinen Rede über die Aufgaben der Gemeindeverwaltung "in der Front der vaterländischen Aufbauarbeit". Sein offenkundiger Versuch, der nationalistischen Grundstimmung an diesem Tag Rechnung zu tragen, stößt bei der NSDAP-Fraktion auf wenig Gegenliebe: Mit einem „Heil Deutschland“, worauf unsere Fraktion prompt mit „Heil Hitler“ antwortete, schloß der Vorsitzende seine Einführungsrede.⁹⁾

Im weiteren Verlauf der Sitzung erfahren wir zumindest andeutungsweise, welchen Weg die Voerder NSDAP in Zukunft beschreiten will. So fordert die Fraktion in einem Dringlichkeitsantrag die Einrichtung eines 'Bibliothekarausschusses', der alle Schul- und Volksbüchereien "auf Schmutz und Schund" hin untersuchen soll, wobei die Bücher des "Dreckfinken" Remarque sofort zu vernichten seien.¹⁰⁾ Erich Maria Remarque hatte 1929 in seinem Roman 'Im Westen nichts Neues' die physische und psychische Vernichtung der Jugend im Weltkrieg beschrieben und damit den Haß der nationalistischen Rechten auf sich

gezogen. Wenn nun die NS-Fraktion im Gemeinderat Voerde ausdrücklich seine (v.a. pazifistischen) Werke zerstört sehen will, so deutet dies darauf hin, aus welcher Richtung die neuen Machthaber eine Gefährdung ihrer Ideologie befürchten.

Der antisemitischen Grundeinstellung der NSDAP entspricht ein zweiter Dringlichkeitsantrag der Fraktion, deren Sprecher beklagt, bei einer kürzlich durchgeführten Handarbeitsausstellung in Voerde sei auch ein Tisch der "jüdischen Firma" Leyens und Levenbach zu sehen gewesen. Wir lesen dazu in der 'Nationalzeitung': "Der Vorsitzende will den Tatbestand (!) noch klären lassen und dafür Sorge tragen, daß solche Konkurrenzmanöver (!) im Interesse der hiesigen Geschäftswelt künftig unterbleiben."¹¹⁾ Obwohl hier die Wahrung der Interessen des einheimischen Handels vollmundig proklamiert wird, vermittelt uns der Hinweis auf die jüdische Glaubenszugehörigkeit der Weseler Firmenbesitzer ohne Zweifel, wer in Zukunft mit massiven Einschränkungen zu rechnen hat. Es ist nicht der auswärtige Handel; es sind die Juden!

Schließlich findet die NS-Fraktion im Gemeinderat für ihren Antrag, die Frankfurter Straße von Eppinghoven bis Lippedorf in Adolf-Hitler-Straße umzubenennen, sogar die Zustimmung der Verordneten der Zentrumspartei.¹²⁾ Eine parlamentarische Opposition existiert in Voerde nach der Ausschaltung von SPD und KPD nicht mehr, weil sich das Zentrum durch das dominante Auftreten der NSDAP und der SA nicht nur einschüchtern läßt, sondern um der eigenen Rettung willen sich auch den neuen Machthabern anbiedert. Es ist aber nur noch eine Frage der Zeit, bis auch diese Partei zur Selbstauflösung gezwungen wird und die Parlamente verlassen muß.

Mit der am 30. Januar 1935 erlassenen neuen deutschen Gemeindeordnung verlieren auch die Ratsvertretungen im Amtsbezirk Voerde ihre bisherige Entscheidungs- und Kontrollkompetenz, indem sie fortan praktisch nur noch der Kommunalverwaltung zuarbeiten und ihr beratend zur Seite stehen sollen. Aus Parlamentariern, wie man sie in der Weimarer Republik verstanden hatte, werden damit Erfüllungsgehilfen eines obrigkeitstaatlichen Systems. Sie müssen nun - den Prinzipien des Führerapparates entsprechend - einen Amtseid auf die Person des Reichspräsidenten und -kanzlers ablegen: "Ich werde dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, treu und gehorsam

sein, die Gesetze beachten und meine Amtspflichten gewissenhaft erfüllen, so wahr mir Gott helfe."¹³⁾

Trotz des politischen Umbruchs in Voerde bleibt Bürgermeister Dr. Schlössin bis 1944 im Amt. Dies verwundert um so mehr, als er nicht der NSDAP oder einer ihrer Gruppierungen angehört und die Partei in den meisten der umliegenden Kommunen eigene Leute zu Bürgermeistern wählen läßt. Möglicherweise glauben die Nationalsozialisten, nicht auf die bürokratische und juristische Kompetenz Dr. Schlössins verzichten zu können, da es um die eigenen Fähigkeiten in diesem Bereich schlecht bestellt ist. Vielleicht trifft aber auch zu, was Pfarrer Wolfgang Petri später zu berichten weiß: "Es war Bürgermeister Dr. Schlössin, ein tüchtiger juristischer Verwaltungsbeamter, der einzige weit und breit, der nicht der NSDAP angehörte. Ihn bewahrte anscheinend ein besonders prächtiges Hitlerbild mit eigenhändiger Unterschrift des Führers, das für unbekannte Beziehungen zu sprechen schien, vor der Absetzung, wie sie zu Unrecht dem Bürgermeister Dr. Hoffmann in Dinslaken widerfahren war."¹⁴⁾

Schon bald nach der 'Machtübernahme' der NSDAP in den Gemeinde- und Amtsvertretungen beginnt die Partei, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in Voerde zu durchdringen und für die eigenen Interessen zu vereinnahmen. Kein Verein kann sich dieser Gleichschaltung entziehen. So muß der Vorsitzende des Turn- und Spielvereins Friedrichsfeld 08 die Vereinsmitglieder auf einer Sitzung im Mai 1933 mit den "auf dem Führerprinzip beruhenden neuen Richtlinien" vertraut machen, die auch sogleich in die Praxis umgesetzt werden. Denn der neue Vorstand geht nicht mehr aus Wahlen hervor, sondern wird vom "Vereinsführer" bestimmt. Außerdem sollen sich die Mitglieder zukünftig an Wehrsport- und Fußmarschübungen -die erste findet am Himmelfahrtstag 1933 statt- beteiligen. Schlagartig weht also auch in den Sportvereinen 'ein neuer Wind': "Mit dem Turner- und Horst-Wessel-Lied schloß der Vereinsführer die Versammlung."¹⁵⁾

Auch wenn die NSDAP im Amtsbezirk Voerde schon wenige Monate nach der 'Machtübernahme' fast alle Lebensbereiche weitgehend unter Kontrolle hat und ihre Akzeptanz bei der hiesigen Bevölkerung als beachtlich bezeichnet werden muß, verzichtet die Partei nicht darauf, Andersdenkende ausfindig zu machen und sie zu verfolgen. Am härtesten betrifft es dabei die Mitglieder und Funktionäre der Linksparteien (vgl. Kap.3), doch auch die unorganisierten kritischen Bürger müssen mit Repressalien rechnen. Man darf zwar an Wahlen und Volksabstimmungen teilnehmen, ist aber den Schikanen der 'Braunhemden' ausgesetzt, wenn das Votum nicht im Sinne der Partei ausfällt. So erinnert sich Lehrer Heinrich Dickmann aus Stockum einer Begebenheit im Wahllokal Schule Steinstraße: "Ein Klassenzimmer ist als Wahllokal eingerichtet worden. Von der Klassentür aus müssen die Wähler durch eine schmale Gasse gehen, die man durch zwei Tischreihen gebildet hat. Jeder wird, nachdem seine Wahlberechtigung festgestellt ist, von NS-Mitgliedern notiert und erhält in der Liste eine Nummer. Dabei erhält er einen Stimmzettel und den Wahlumschlag. Im Stempel (Adler) desselben steht aber, ohne daß es dem Wähler auffällt, mit Kopierstift die Nummer, die er vorher in der Liste erhalten hat. Beim Abschluß der Wahl wurde dann schnell festgestellt, wer sich nicht im Sinne der Partei verhalten hatte. Es wird auch nicht gern gesehen, wenn einer die Wahlzelle aufsucht, um seine Wahl zu tätigen. An Tischen

und Fensterbänken stehen die Wähler und machen ihre Kreuze. So hat man bei einer Wahl festgestellt, daß ein pensionierter Postbeamter sich nicht gemäß der Forderung der Partei entschieden hat. An einem der nächsten Abende erscheint dann eine organisierte Gruppe vor seinem Hause, nimmt eine drohende Haltung an und schlägt Klamauk. Dann wird, wie vorher festgelegt, die Polizei geholt, die den Mann in Schutzhaft nehmen muß. Johlend ziehen noch einige hinter dem Verhafteten her."¹⁹⁾

Die Einschüchterungstaktik der NSDAP bei den Wahlen hat schließlich Erfolg, denn kaum jemand wagt es noch, seiner oppositionellen Gesinnung mit dem Stimmzettel Ausdruck zu geben. Wir können dies am Ergebnis der Volksabstimmung über die Zusammenlegung des Reichspräsidenten- und des Reichskanzleramts zugunsten Hitlers am 19. August 1934 deutlich ablesen. So gibt es in sieben der zehn Stimmbezirke des Amts Voerde praktisch keine Gegenstimmen oder ungültige Stimmen. Anzeichen einer breiteren Ablehnung der von den Nationalsozialisten intendierten Machtkonzentration finden wir nur in Friedrichsfeld und in Spellen. Denn in den Bezirken Friedrichsfeld I und II, wo die KPD allem Anschein nach immer noch einen gewissen Rückhalt besitzt (vgl. Kap. 1), stimmen 181 Männer und Frauen mit 'Nein', während 39 Stimmen ungültig sind.²⁰⁾ Es ist also zu ersehen, daß der Zusammenhalt unter den - vor allem kommunistisch orientierten - Friedrichsfelder Oppositionellen und ihre antifaschistische Grundeinstellung zunächst noch ein sicheres Fundament bilden, um den Drohgebärden der NS-Machthaber standzuhalten. Dagegen sind die vereinzelt und meist isolierten Kritiker des Regimes in den anderen Ortsteilen, deren Votum bei den Wahlen heimlich registriert wird, wie Heinrich Dickmann berichtet, dem individuellen Terror des braunen Mobs hilflos ausgeliefert und ziehen sich meist in die 'innere Emigration' zurück.

Aber auch gegen die kollektive Verweigerung, wie sie in Friedrichsfeld stattfindet, entwickelt der perfektionistische NS-Apparat geeignete 'Maßnahmen'. Landrat von Werder schildert das so: "Als im Sommer vorigen Jahres der Arbeitsdienst im Lager exerzierte, standen die Lagerinsassen auf der Straße und riefen den Führern des Arbeitsdienstlagers laute Pfuirufe zu. Das Verhältnis zwischen Arbeitsdienst und den Lagerinsassen wurde hierdurch so stark getrübt, daß ich mich veranlaßt sah, energisch einzugreifen. Von einer Schutzhaft für die ca. 80 Männer wollte

ich Abstand nehmen und habe deswegen angeordnet, daß alle diejenigen, die nicht Gewähr dafür bieten, dem nationalistischen Staat keine Schwierigkeiten zu machen, in einer Arbeitskompanie zusammenzustellen sind. Scherzweise hat der Volksmund dieser Arbeitskompanie den Namen 'Arbeitsgemeinschaft der Aufbauwilligen' gegeben. Die Leute müssen arbeiten und auch exerzieren. Im Oktober vorigen Jahres habe ich unter dem Eindruck gestanden, daß diese Leute sich gebessert haben, da es zu weiteren Zwischenfällen nicht gekommen war, und habe nur noch einige Leute mit verkürzter Arbeitszeit im Rahmen der Wohlfahrtsarbeit beschäftigen lassen. Das Wahlergebnis des Volksentscheids vom 12.11.1933 brachte aus diesem Flüchtlingslager 80 Nein-Stimmen und 39 ungültige Wahlzettel. Hieraus ist ersichtlich, daß diesen Leuten die milde Behandlung der letzten 3-4 Wochen vor der Wahl nicht gut bekommen ist. Ich habe daraufhin diese Arbeitskompanie wieder neu entstehen lassen unter Einbeziehung aller derjenigen Männer, und zwar insgesamt 86, die als Kommunisten und Marxisten bekannt waren."²¹⁾

Ein besonderes Augenmerk richten die Nationalsozialisten bei der Verfolgung ihrer politischen Gegner auf die Säuberung der Schulen von 'unzuverlässigen Elementen'. Das erfahren vor allem die Lehrer Wilhelm Baxmeyer von der Schule Stockum und Conrad Peikert von der Pestalozzischule Steinstraße, die mit der SPD sympathisieren. Als Baxmeyer in seiner Funktion als Organist der evangelischen Kirche Voerde androht, er werde die Orgelbank sofort verlassen, wenn die NSDAP oder eine ihrer Organisationen mit Fahnen im Gottesdienst erscheine, so wie es die Partei plant, kommt es zum Eklat. Offensichtlich durch ihre der NSDAP nahestehenden Eltern angestachelt, ritzen die Schüler Hakenkreuze auf die Bänke und den Fußboden der Schule, was Baxmeyer zu unterbinden versucht. Nun besitzt man endlich einen Beweis seiner staatsfeindlichen Einstellung! Es wird berichtet, daß sich bei der Geburtstagsfeier des Lehrers, die am 26. April 1933 mit befreundeten Kollegen in der Stockumer Dienstwohnung stattfindet, einige NS-Sympathisanten in ein Nebenzimmer schleichen und die Gespräche belauschen.²²⁾ Leider ist nicht überliefert, worüber sich die Geburtstagsgesellschaft unterhält. Allerdings wissen wir, daß der Ortsgruppenleiter der NSDAP Voerde, P. aus Löhnen, wohl noch am selben Tag bei der Polizei in Voerde den Antrag stellt, sowohl Baxmeyer als

auch Peikert in Schutzhaft zu nehmen, "da ich für deren Sicherheit nicht mehr garantieren kann".²³⁾

Am 28. April 1933, um 10 Uhr, werden Baxmeyer und Peikert verhaftet, in den Rathaussaal gebracht und aufgefordert, im Laufe des nächsten Tages Voerde zu verlassen.²⁴⁾ In der Lokalpresse liest man darüber: "Nette Jugenderzieher! Auf Anordnung der Ortsgruppenleitung der NSDAP Voerde wurden von der hiesigen Polizeibehörde der Volksschullehrer Wilhelm Baxmeyer von der Schule Stockum und der Lehrer Conrad Peikert von der Pestalozzischule Steinstraße wegen ihrer marxistischen Einstellung, die sie besonders der Schuljugend zum Ausdruck brachten, in Schutzhaft genommen. Nach dem Verhör wurden sie aus der Haft entlassen, mußten aber noch am gleichen Tag ihren Wohnsitz verlassen."²⁵⁾

Interessanterweise erkennt der Regierungspräsident in Düsseldorf die Entlassung der beiden Pädagogen nicht an und versetzt Baxmeyer nach Flandersbach und Peikert nach Isenbügel bei Kettwig.²⁶⁾ Wir müssen also festhalten, daß ihre Verhaftung und Abschiebung nicht durch eine übergeordnete staatliche oder parteiliche Instanz ausgelöst wird, sondern auf die Initiative des Voerder Ortsgruppenleiters der NSDAP zurückgeht. Es ist erschreckend, daß dieser Parteifunktionär, der doch für die Verfolgung sozialdemokratischer Sympathisanten verantwortlich ist, von 1958 bis 1961 als Mitglied ausgerechnet der SPD-Fraktion dem Gemeinderat in Voerde angehören wird. Eine 'Stunde Null' wird es nach dem Kriege nicht geben, und eine selbstkritische Aufarbeitung der eigenen Lokalgeschichte wird so unzureichend sein, daß den Opportunisten aller Schattierungen Tür und Tor geöffnet ist. Das gilt auch für die FDP und die CDU, in deren Ratsfraktionen während der Nachkriegszeit Männer zu finden sein werden, die noch 1933 für die NSDAP oder die DNVP kandidieren.²⁷⁾ Aber dieses Kapitel unserer Geschichte sollte an anderer Stelle eingehender beleuchtet werden.

Nach allen Erkenntnissen, die bisher im Rahmen der vorliegenden Arbeit über das NS-Machtsystem zu gewinnen waren, dürfen wir nicht vereinfachend annehmen, nur ausgesprochen kritische oder oppositionelle Kräfte seien der Observation und der Verfolgung durch die Nationalsozialisten und den ihnen unterstehenden Organen ausgesetzt. Oft reicht es schon aus, in der Öffentlichkeit, manchmal sogar nur im Bekanntenkreis, eine

abfällige Bemerkung über den neuen Staat zu machen, um in die Mühlen des Polizeiapparates zu geraten. So kennen wir einen Fall aus dem Jahr 1935, bei dem ein SS-Mann aus Bucholtwelen einen in seiner Nachbarschaft lebenden Landwirt, der früher dem Zentrum nahegestanden hatte, wegen regimiefeindlicher Äußerungen bei der Staatspolizeistelle für den Regierungsbezirk Düsseldorf anzeigt. Landwirt S. hatte einige Wochen zuvor bei einem 'Zug durch die Gemeinde' verschiedene Gaststätten in Friedrichsfeld besucht, bevor er sich in stark angetrunkenem Zustand mit dem Wirt der Schänke 'Zur Post' in die Haare geriet. Wenig später kam der für die Anzeige verantwortliche SS-Mann hinzu, der jetzt bei der Polizei in Voerde zu Protokoll gibt: "S. erwiderte meinen Heil-Hitler-Gruß mit einem boshaft hervorgebrachten 'Guten Abend'. Im Laufe des Gesprächs mit B. machte er folgende Äußerungen: 'Das Dritte Reich gleicht einer Apfelsine, die von innen rot und von außen braun ist. Es sind früher nicht so viele Raubmorde und Plünderungen vorgekommen wie jetzt (...). Früher haben die Leute viel besser gelebt als heute. Es ist auch keiner verhungert. Wenn sie mich auch zum Konzentrationslager nach Dachau bringen, mir kann es gleich sein.'"²⁸⁾

Nicht einmal die Tatsache, daß der beschuldigte Landwirt mit dem SS-Mann gut bekannt ist und in seiner Nachbarschaft lebt, schützt ihn vor der unheilvollen Denunziation. Wir kennen die Gründe dafür nicht, dürfen aber annehmen, daß es sich hier entweder um einen äußerst fanatischen oder karrierebedachten NS-Vertreter handelt, der durch die Anzeige bei Vorgesetzten glänzen will, oder - vor wem auch immer - er seine 'untadelige Weltanschauung' unter Beweis stellen muß. Vielleicht nutzt er aber auch nur die Gelegenheit aus, um eine 'alte Rechnung' zu begleichen und Vergeltung gegen seinen Nachbarn zu üben, wie dies bei Denunziationsfällen im 'Dritten Reich' häufiger anzutreffen ist. Für den Landwirt bedeutet das, Wochen der Schutzhaft verbüßen zu müssen und fortan der Überwachung des Regimes zu unterliegen.²⁹⁾

Es bleibt anzumerken, daß diese Denunziation in der Zeit von 1933 bis 1945 keinen Einzelfall darstellt, finden wir doch in den Polizeiakten des Amtsbereichs Voerde aus jenen Tagen eine große Fülle von Vernehmungsprotokollen, Zeugenaussagen, Spitzelberichten und Schutzhaftanweisungen, die auf Anzeigen denunziativen Charakters zurückzuführen sind. Anscheinend

kommt manchen Bürgern die Bestrebung des totalitären Staates entgegen, auch schon dem bloßen Verdacht einer systemkritischen Äußerung nachzugehen, weil so unliebsame Zeitgenossen eingeschüchtert und in Angst versetzt werden können. Dem Betrachter, der in der demokratischen Welt aufgewachsen ist, fällt es nicht leicht, das dadurch entstehende Klima des Mißtrauens, der Furcht und der allgegenwärtigen Gewalt adäquat nachzuempfinden. Das trifft auch für folgenden Denunziationsfall aus dem Frühjahr 1935 zu: "Der Buchhalter E. ... hat dadurch eine unwahre Behauptung zum Zwecke der Verächtlichmachung der 'alten Kämpfer' der NSDAP aufgestellt, indem er im Büro des Wohlfahrtsamtes Voerde/Ndrh. während der Geschäftsstunden angeblichen (!) Witz erzählte: 'Die Frontkämpfer wurden 1917 in Tanks und Panzerwagen an die Somme gefahren, während die alten Kämpfer zu derselben Zeit mit dem Kinderwagen in der Sonne gefahren wurden.'"³⁰⁾

Buchhalter E., der dem NSDFB (Nationalsozialistischer Deutscher Frontkämpferbund; aus dem 'Stahlhelm' hervorgegangen) angehört und dessen Sohn Fähnleinführer bei der Hitlerjugend ist, dürfen wir wahrlich nicht als Vertreter der systemkritischen Opposition bezeichnen. Trotzdem reicht der von ihm erzählte "angebliche" Witz aus, um aus dem Dienst entlassen zu werden. Daran ändert auch das an die Polizeibehörde Voerde gerichtete Schreiben nichts, mit dem sich der Beschuldigte über seine Aussagen im Verhör hinaus selbst entlasten will. Die Folgen der Denunziation durch den langjährigen Kollegen und SA-Sturmführer K. sind jetzt nicht mehr aufzuhalten: "Ich habe den in Frage kommenden und von mir als absolut harmlos empfundenen Scherz nur erzählt, um den K. damit persönlich zu treffen (...). K. ist mir seit etwa sieben Jahren bekannt. Diese Bekanntschaft war mit der Zeit soweit gediehen, daß wir uns im täglichen Verkehr kameradschaftlich duzten."³¹⁾

Abschließend können wir zusammenfassen, daß die NSDAP in Voerde schon im Verlauf des Jahres 1933 ihre 'Machtübernahme' weitgehend vollzogen hat, wobei sie die Sympathie und Unterstützung nicht weniger Bürger findet. Es existiert jetzt kaum noch ein Lebensbereich, in dem die Ideologie der Partei nicht durchgesetzt wird oder der sich der Kontrolle der neuen Machthaber entziehen kann. Dort, wo auch nur Ansätze eines kritischen oder oppositionellen Bewußtseins zu erkennen sind,

reagieren die Nationalsozialisten mit subtilem Druck oder unverhohlenem Terror. Sie stützen ihre Macht auf ein System, das die Ängste und Schwächen der Menschen ausnutzt und dem Haß freie Bahn läßt. Während sich nur wenige dem neuen Staat offen widersetzen und dafür bestraft werden, ziehen sich andere aus Furcht vor Verfolgung und Unterdrückung in die 'innere Emigration' zurück. Inwieweit ein geschlosseneres und couragierteres Auftreten der Kirchen, Gewerkschaften, demokratischen Parteien und sonstigen oppositionellen Kräften eine totale 'Machtergreifung' der NSDAP auch in Voerde hätte verhindern können und ob es überhaupt einen möglichen Rahmen dafür gab, muß an dieser Stelle offen bleiben, sollte aber bei zukünftigen Diskussionen im Blick bleiben.